

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 159 (1993)

Heft: 6

Artikel: Die sicherheitspolitische Lage Europas aus österreichischer Sicht

Autor: Wallner, Friedrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-62418>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die sicherheitspolitische Lage Europas aus österreichischer Sicht

Friedrich Wallner

Welches kann der Beitrag des Neutralen zur sicherheitspolitischen Architektur Europas sein? – Bis zu welcher (Schmerz-)Grenze ist neutrale sicherheitspolitische Autonomie möglich? – Was kann erreicht werden – mit welchen Opfern?

Der Autor beurteilt als militärpolitischer Experte diese Fragen aus der Sicht unseres neutralen östlichen Nachbarlandes.

fv.



Friedrich Wallner,
Oberstl; Mathematiker;
Chefanalytiker im
Heeresdatenverarbeitungsamt;
Generalsekretär
der Österreichischen
Offiziersgesellschaft.

Sicherheitspolitik

Nach österreichischer Definition ist Sicherheitspolitik die Summe aller Massnahmen, vornehmlich in den Bereichen der Außenpolitik, der Politik zur Erhaltung der inneren Stabilität sowie der Verteidigungs-politik, zum Schutz der Bevölkerung und der Grundwerte dieses Staates gegenüber allen Bedrohungen sowie zur Aufrechterhaltung und Verteidi-gung seiner immerwährenden Neu-tralität.

Innere Stabilität wird definiert als Bestand der verfassungsmässigen Einrichtungen und die Erhaltung ihrer Handlungsfähigkeit, der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie die soziale und wirtschaftliche Ausgewogenheit in Österreich.

Österreich

Die Auflösung des Warschauer Paktes, die Öffnung des Ostens und die Vereinigung Deutschlands veränderten über Nacht die sicherheitspolitische Situation Österreichs. Konnte man sich durch die Existenz des Gleichgewichts des Schreckens und der biparen Ausrichtung der Bei-standsverpflichtungen darauf verlassen, dass jede kleine Veränderung des Gleichgewichts wegen der sofort ein-tretenden Reaktion des jeweiligen Antagonisten unterlassen würde, so war eben nur der «grosse europäisch-globale» Krieg denkbar. Die Ausrich-tung auf diesen erlaubte es den Politikern, Österreichs Schutz einem Mini-malbundesheer zu überlassen, das durch das Raumverteidigungskonzept massgeschneidert auf das Schlimmste ausgerichtet war. In den Schlüsselzo-nen statisch zur Verteidigung aufge-stellt, mangels eigener leistungsfähiger Luftstreitkräfte zur Unbeweglichkeit verurteilt, sollte das Bundesheer Ab-

halte-wirkung durch Abnützen des Feindes erzielen. Der mechanisierte Teil des Bundesheeres sollte dabei durch den einen einzigen Gegenan-griff die zweite Staffel des Feindes beim Versuch des Durchstossens der entscheidenden Schlüsselzone zer-schlagen.

Plötzlich jedoch war das gesamte Spektrum der Möglichkeiten militäri-scher Auseinandersetzung in Europa wieder möglich geworden. Und vor allem, es war möglich geworden vor Österreichs Haustür. Das Billigkon-zept der Realisierung einer Landesverteidigung durch die Raumverteidi-gung hatte ausgedient. Österreich war gezwungen, seine eigene Sicherheits-politik zu überdenken, damit aber auch seine Position in Europa.

Veränderung

Die eingetretene Entwicklung bringt Österreich den Vorteil, dass die latente Bedrohung durch die um Österreich befindlichen Militärpoten-tiale weitgehend weggefallen ist. Der Abzug der Zentralgruppe und der Südgruppe der Truppen der ehemali-gen UdSSR haben in den Nachbar-staaten nurmehr nationale Streitkräfte zurückgelassen, die einem Prozess der Umstrukturierung und, aus budgetären Gründen, einer Verkleinerung unterliegen. Durch die Auflösung des Warschauer Paktes ist die politische Entfernung zum Nachfolger der früheren UdSSR grösser geworden. Der Vorteil der geopolitischen Lage Öster-reichs zu den Staaten Mittel-, Ostmit-tel- und Südosteuropas ist offensicht-lich, die wirtschaftlichen Möglichkei-ten nach dem Scheitern des Kommu-nismus sind gross.

Diesen Vorteilen stehen Verände-rungen gegenüber, die in viele Szena-rien münden, die aber allesamt ein Ansteigen der Gefahren signalisieren. Das Verschwinden der gewohnten Si-cherheitsmechanismen und die expo-nierte Lage Österreichs als «westlicher Wohlstandserker» bergen nämlich die Gefahr in sich, dass bei weiterer Eskala-tion der bestehenden Kriegssitu-a-tion auf dem Balkan und der damit unausbleiblich verbundenen Auswei-

Plötzlich jedoch war das ganze Spektrum der Mög-lichkeiten militärischer Aus-einandersetzungen in Europa wieder denkbar geworden.

tung des Konflikts auf Nachbarstaaten auch Österreich in diesen an sich regionalen Konflikt hineingezogen wird. Verschärft kann diese Entwicklung werden durch derzeit nicht kalkulierbare Vorgänge in der GUS, durch Veränderungen im strategischen Kräftegleichgewicht zwischen den USA und der GUS und/oder durch aussereuropäische Faktoren.

Geblendet vom Zerfall der UdSSR und des Warschauer Paktes werden nur die Vorteile dieser Entwicklung betrachtet und die Friedensdividende eingefordert, die, da es zu keiner «Kriegsdividende» kommen musste, schon längst eingefahren worden war. Und obwohl die Medien voll von wenig beruhigenden Berichten sind, liegt das allgemeine Interesse nicht auf der Sicherheitspolitik. Der Grund ist klar. War die bisherige Situation geprägt durch ein «Feindbild», leicht verständlich für (fast) jedermann, so spricht man jetzt vom «abhanden gekommenen Feindbild», vom Bedrohungsbild, von möglichen Gefahren. Alles Dinge, die nur sehr schwer verständlich zu machen sind.

Jede dieser Aussagen kann in den Medien nachgelesen werden. Schon ein stärkeres Betonen einer Schutzmachtfunktion kann eine Entwicklung einleiten, die Europa an den Rand des Abgrunds bringt. Als Hausaufgabe (für interessierte Leser) wäre etwa zu erwägen, welche Auswirkungen der Ausfall von Erdgaslieferungen an die wirtschaftlich immer noch dominierende, dennoch rezessionsgezeichnete Bundesrepublik und damit für Europa bedeutet.

Sicherheitspolitik in Europa

Angesichts der vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten von Gefahren und Bedrohungen und den daraus resultierenden Gefährdungen muss Österreich trachten, wahrscheinlich sogar unter Aufgabe seiner immerwährenden Neutralität, sich einem System anzuschliessen, das der Zielsetzung der österreichischen Sicherheitspolitik entspricht oder zumindest weitgehend nahekommt. Auf dem Sektor der Wirtschaft ist diese Festlegung bereits geschehen. Die Beitrittsverhandlungen mit der EG haben begonnen.

Gefahren (eine Auswahl aus österreichischer Sicht)

- Es sind drei neue Nachbarstaaten entstanden, nämlich Slowenien, Slowakei und Tschechien. Die Loslösung Sloweniens von Jugoslawien machte bereits einen Einsatz des Bundesheeres zum Schutz der Grenze notwendig.
- Ungarn betrachtet sich als Schutzmacht der ungarischen Minderheiten in den angrenzenden Staaten, also Slowakei, Rumäniens und Restjugoslawien. Diese Minderheiten sind zahlenmäßig beträchtlich.
- Die Atomkraftwerke in der ehemaligen CSFR und des ehemaligen Jugoslawien gelten als technisch überholt und werden als latente Gefahr angesehen.
- Für Österreichs (und auch Europas) Energieversorgung wichtige Pipelines führen aus der Ukraine über das Gebiet der Slowakei.
- Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien ist immer noch nicht zu Ende.
- Die Idee des Panslawismus wird wieder artikuliert. Russland etabliert sich mehr und mehr zur Schutzmacht Serbiens.
- Albanien erklärt sich als Schutzmacht der Albaner im Kosovo.
- Die Türkei erklärt sich zur Unterstützung Albaniens bereit für den Fall, dass sich der Konflikt von Bosnien-Herzegowina in das Kosovo ausdehnen sollte.
- Die Türkei soll bereits militärische Ausbildungshilfe an die albanische Armee leisten.
- Die Türkei artikuliert die Forderung nach einem Ölsembargo gegen westliche Staaten, um ein Eingreifen zugunsten der in höchste Bedrängnis geratenen moslemischen Volksgruppe in Bosnien zu erzwingen.
- Es mehren sich Berichte, wonach ein reger Handel mit Waffen, darunter chemische und atomare, zwischen den moslemischen Republiken Mittelasiens mit anderen moslemischen Staaten, vor allem mit dem Iran, entstanden sei.
- Die Masse der Flotte ist unter russischer Kontrolle, vor allem die strategischen Marinewaffen.
- Die Bevölkerung der ehemaligen UdSSR verarmt rapid durch den Umstellungsprozess der Wirtschaft.
- Die Bedeutung der Türkei nimmt im Kräftekspiel des Vorderen Orients zu. Der Iran, der Irak und die Türkei haben gemeinsame Grenzen und das gemeinsame Bestreben, vor allem in die Moslem-Republiken Mittelasiens zu wirken.
- Der Iran kann den Zugang zum Arabischen Meer, zum Persischen Golf kontrollieren und hat durch die Besetzung einer kleinen Inselgruppe diese Absicht deutlich ausgesprochen.
- Indien hat einen Marschflugkörper entwickelt und besitzt Atomwaffen, Pakistan ist vermutlich im Besitz von Atomwaffen.
- Die Proliferation der Technologie von Trägersystemen für Atom- und andere Massenvernichtungswaffen führt dazu, dass immer grössere Teile Europas von derartigen Systemen erreicht werden können.
- Die Wirtschaft Westeuropas ist vom Import von Rohstoffen und Energieträgern abhängig. Dieser Import erfolgt über Land und über See.
- Der Wegfall des Feindbildes Kommunismus setzt Energien für neue separatistische Bewegungen frei. Meibion Glyndwr in Wales und Lega Nord in Italien sind Beispiele dafür.
- Der Zusammenschluss Europas wird viel kritischer gesehen als noch vor einem Jahr. Die Abstimmungsergebnisse in Dänemark und der Schweiz haben dies deutlich gezeigt.
- Die auch in der bereits existierenden EG vorhandenen grossen Unterschiede der wirtschaftlichen Stärke führen zu Spannungen.
- Der Einwanderungsdruck in Verbindung mit der Rezession führt in weiten Teilen Europas zur Ablehnung der Einwanderungspolitik und zu einer Radikalisierung von spezifischen Bevölkerungsschichten.
- Die Wirtschaftsprobleme und der Wegfall der direkten Bedrohung durch den Warschauer Pakt führen zur Einforderung der Friedensdividende. Die allgemeine Wehrpflicht steht in vielen Ländern zur Debatte. Einsparungen auf dem Verteidigungssektor sind angesagt.

Damit ist aber eine eminent wichtige Frage verknüpft. Nämlich wer, oder besser, welches Sicherheitssystem sichert die für die EG lebenswichtigen überseeischen Handelswege und damit die Handelsverbindungen? Oder noch schärfer formuliert: **Wer ist heute noch in der Lage, ozeanisch zu agieren?** Ein Blick in die Flottenhandbücher zeigt, dass die europäischen Staaten sehr eingeschränkt in der Lage sind, über längere Zeit und auf grosse Entfernungen die «Sea Lines of Communications (SLOC)» offen zu halten. Nur die USA haben sich die Fähigkeit erhalten, diese Anforderung zu erfüllen.

Das Sicherheitssystem, das Europa mit den USA verknüpft, ist die NATO. Die EG kann also in die Situation kommen, von ihrem schärfsten Konkurrenten, den USA, Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Was entweder von den USA im voraus ausgenutzt werden wird, oder aber die EG zwingt, das europäische Sicherheitssystem, die WEU, entsprechend materiell auszustatten. Vergleicht man die Prozentanteile der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, so

Auch in der Sicherheitspolitik gilt der Grundsatz: «Nur Stärke zählt.»

zeigt der NATO-Durchschnitt einen deutlich höheren Wert als der WEU-Durchschnitt. Diese Differenz kommt einzig und allein durch den Beitrag der USA zustande. Eine Lockerung des Verhältnisses EG zu den USA kann also nur bedeuten, dass das «burden sharing» verstärkt anzuwenden sein wird. Deutliche Hinweise in diese Richtung sind die angekündigten Sparmassnahmen der US-Regierung.

Die Entscheidung für die EG, und damit für alle Beitrittswilligen, wird also sein, entweder weiterhin sich der NATO zu bedienen unter Abstützung auf US-Ressourcen oder Verstärkung der WEU. Die Aussage der Generalsekretäre von NATO und WEU, gemünzt auf Österreich, dass nur ein Doppelbeitritt logisch wäre, macht die Entscheidung leicht und zeigt, dass eine Übernahme von Aufgaben der NATO durch die WEU nicht in allen Fällen möglich sein wird.

Schon die Behandlung dieses einzigen Aspekts europäischer Sicherheitspolitik weist auf eine äusserst komplexe Materie hin, die durch die enge Verknüpfung von Wirtschaftspolitik und Verteidigungspolitik noch viele Überraschungen bringen wird. Die Erfahrung aus dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien lehrt, wie essentiell der Unterschied zwischen einem kollektiven und einem kooperativen Sicherheitssystem ist. Die NATO ist derzeit ein kollektives Verteidigungsbündnis. Anzustreben ist der Beitritt zu einem kollektiven Verteidigungssystem, das nahezu verzugslos Unterstützung bieten kann. Nur verzugslose Reaktion bietet Schutz, da, wie die Welt momentan im Falle Bosnien-Herzegowinas sieht, ein Aggressor im Schutze jahrelanger Verhandlungen sein Ziel sehr wohl erreichen kann. Inwieweit die geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen eine Weiterentwicklung der NATO weg von der Kollektivität bringen werden, kann bestenfalls vermutet werden. Unabhängig ob kollektiv oder kooperativ, erwünscht ist in einem Sicherheitssystem nur, wer als Beitrittswilliger keine Probleme einschleppt.

Auch in der Sicherheitspolitik gilt der Grundsatz: «Nur Stärke zählt». ■



CLEVER? JA! ALSO...

Die Krankenkasse KPT versichert als schweizerische Berufskrankenkasse Angestellte des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sowie der schweizerischen

Transportunternehmungen wie auch deren Angehörige. Über 250'000 zufriedene Mitglieder sind der Beweis unserer Leistungsfähigkeit.

Antworttalon

Bitte in einen Umschlag stecken und an die KPT senden.

Ich bin an der Krankenkasse KPT interessiert.
Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Name, Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

Geburtsdatum: Telefon:

Arbeitgeber:



Krankenkasse KPT
Tellstrasse 18
Postfach
3000 Bern 22
Telefon 031 42 62 42